

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

Die Entschädigung von Zwangssterilisierten in Schweden

Thomas Barow

Summary

About 40 percent of the 63.000 sterilizations in Sweden between 1935 and 1975 were conducted by force or a certain degree of social pressure. Until the 1950s people with intellectual disabilities were affected in particular. After an intensive public debate a compensation act was passed in 1999. The law stipulates that people who were sterilized by force or operated on the initiative of a third person have the right to get compensated with about 18.700 Euros each until the end of 2002. Based on that about 1.600 people have been compensated by a single payment.

Thomas Barow arbeitet als Stipendiat des Schwedischen Instituts an einer Dissertation über die gesellschaftliche Stellung von Menschen mit geistiger Behinderung in Schweden 1918–1945. Die Arbeit ist eingebettet in das historisch-vergleichende Forschungsprojekt “Konstruktion und gesellschaftliche Praxis des ‘Anders’-Seins”, das derzeit am Institut für Rehabilitationswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin konzipiert wird. Ein wichtiger Kooperationspartner ist dabei die Malmö högskola (Lärarutbildningen).

Einleitung

Gegen Ende der neunziger Jahre war in allen nordeuropäischen Staaten eine intensive öffentliche Debatte über die Sterilisation behinderter Menschen zu beobachten. In Schweden führte diese Diskussion 1997 zur Einrichtung eines staatlichen Untersuchungsausschusses und schließlich zur Verabschiedung eines Entschädigungsgesetzes. Auf dessen Grundlage konnten seit dem Sommer 1999 Betroffene eine Kompensationszahlung in Höhe von 175.000 schwedischen Kronen, rund 18.700 Euro, beantragen. Ende des Jahres 2002 lief die Antragsfrist ab, so dass nun ein Überblick über die Entschädigungsdebatte und die Gewährung von finanziellen Leistungen gegeben werden kann.

In diesem Beitrag soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, wie es zu dieser Entschädigungsdebatte und -gesetzgebung kam und welche Faktoren dabei eine Rolle spielten. Zur Eugenik als ideologischer Hintergrund, den Details der Sterilisationsgesetzgebung und -praxis in Schweden sind in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Veröffentlichungen erschienen.¹ Bevor an dieser Stelle auf einzelne Aspekte der Entschädigungsdiskussion eingegangen werden kann, ist für das Verständnis des Zusammenhangs zunächst ein knapper historischer Rückblick notwendig.

Sterilisationen in Schweden

Mit dem Inkrafttreten des ersten schwedischen Sterilisationsgesetzes zum 1. Januar 1935 konnten “Geistesranke, Schwachsinnige oder andere, die

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

unter gestörter Geistestätigkeit leiden“, sterilisiert werden. Das Gesetz bezog sich auf Personen, denen “dauerhaft das Vermögen fehlt, eine gültige Einwilligung zu erteilen“, wobei jedoch ein physischer Zwang ausgeschlossen war. Beantragt werden konnte der Eingriff durch Sorgeberechtigte, Vormünder, Anstaltsärzte und -leitungen (außer von privaten Einrichtungen), durch die Armenfürsorge und Jugendämter sowie die Betroffenen selbst. Grundsätzlich bedurfte es der Zustimmung des Zentralamts für Gesundheitswesen (Medicinalstyrelsen), eine Ausnahme bildete hierbei jedoch die Gruppe der als “schwachsinnig” kategorisierten Personen. Hier genügte der gemeinsame Entscheid von zwei Ärzten, sofern ein schriftliches Einverständnis des Ehepartners, der Erziehungsberechtigten oder eines Vormunds vorlag. Zwei mögliche Gründe waren für eine Sterilisation maßgeblich: die vermutete mangelnde Fähigkeit, die “elterliche Sorge” den Kindern gegenüber wahrzunehmen (soziale Indikation) oder die Möglichkeit, aufgrund der “Erbanlage” Geisteskrankheit oder Schwachsinn auf die Nachkommen zu übertragen (eugenische Indikation).

Das erste Sterilisationsgesetz bezog sich auf Sterilisationen bei als rechtsunfähig erklärten Personen. Demnach konnte keine Einwilligung der Betroffenen vorliegen. Mit der 1941 erfolgten Gesetzesreform wurde zum einen eine Ausdehnung der Regelung auch auf Situationen ermöglicht, die auf Freiwilligkeit basierten. Dazu gehörte insbesondere die medizinische Indikation, welche sich auf eine gesundheitliche Gefährdung der Frau in Folge einer Schwangerschaft bezog. Zugleich wurden aber auch die Gründe für eine Unfruchtbarmachung erweitert. Die eugenische Indikation erstreckte sich nun auch auf “andere schwere Krankheiten oder Gebrechen”, bei denen eine Vererbung möglich erschien. Die soziale Indikation wurde um die Zuschreibung der “asozialen Lebensart” erweitert. Ferner wurde der Begriff der Rechtsunfähigkeit ausgeweitet, indem das “Unvermögen, eine gültige Einwilligung zu erteilen” nun nicht mehr “dauerhaft” sein musste. Die prognostische Aussage entfiel somit. Ausgedehnt wurde auch der Kreis derjenigen, die eine Operation beantragen konnten, wozu nun zusätzlich verschiedene Mediziner, zum Beispiel Krankenhausärzte, Provinzial- und Stadtärzte, gehörten. Die einzige Einschränkung, die die Reform mit sich brachte, betraf die Bewilligung einer Unfruchtbarmachung. Die Regelung des Entscheids durch zwei Ärzte wurde 1941 geändert. Mit Ausnahme der medizinischen Indikation bedurfte nun jeder Eingriff der Genehmigung durch das Zentralamt für Gesundheitswesen.

Im Zeitraum von 1935 bis 1975 wurden in Schweden insgesamt knapp 63.000 Menschen unfruchtbar gemacht.

In these years, sterilizations were carried out on different grounds, on different categories of people, and with different degrees of coercion.²

Eine Aufteilung nach Jahren und angegebenen Indikationen geht aus der Grafik hervor. Für die Zeit des ersten Sterilisationsgesetzes gibt es keine Angaben, die eine Unterscheidung nach eugenischer oder sozialer Indikation zuließen. Für die Jahre 1946, 1958 und 1959 liegen ebenfalls

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

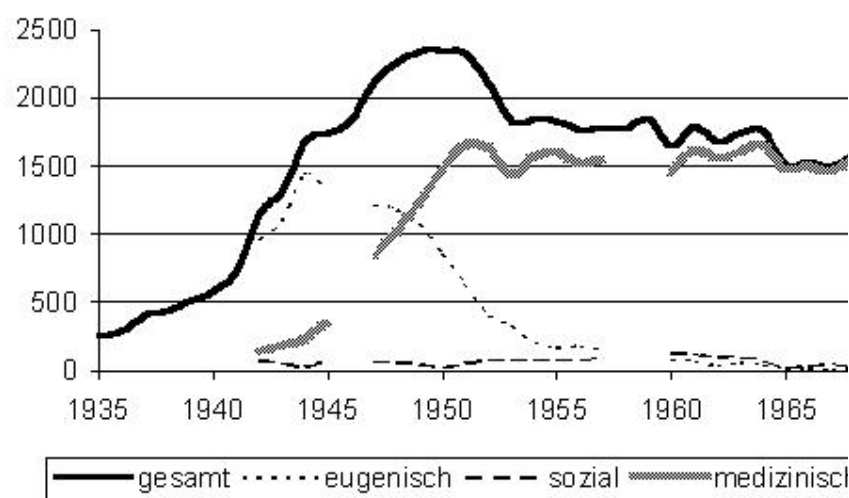
Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergangenheit****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

keine differenzierten Angaben vor.

Hochrechnungen gehen von etwa 13.600 Operationen bei Personen aus, die als “schwachsinnig”, “zurückgeblieben” usw. kategorisiert wurden; davon waren ungefähr 10.200 Frauen und 3.400 Männer. Die tatsächliche Zahl dürfte aufgrund von Überschneidungen zu anderen vermuteten Erbkrankheiten wahrscheinlich eher noch etwas höher liegen, da Diagnosen wie “psychisch krank” oder Epilepsie bzw. Etikettierungen wie “minderwertig” oder “asozial” hier nicht eingerechnet sind. Die an geistig behinderten Menschen vorgenommenen Eingriffe geschahen überwiegend in den ersten 20 Jahren der Sterilisationsgesetzgebung, danach ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Sterilisationen in Schweden 1935 – 1975. Daten nach Broberg/Tydén 1991, wie Fußnote 1, 99

**Eine neue Sicht auf die Vergangenheit**

Die gesellschaftliche “Aufarbeitung” der Sterilisationsgesetzgebung und -praxis muss in engem Zusammenhang mit der Sichtweise vieler Schweden auf die Zeitgeschichte ihres Landes gesehen werden, wobei die Beziehung zum nationalsozialistischen Deutschland eine besondere Rolle spielt. Dieses Verhältnis hat in den vergangenen Jahren eine Neubewertung erfahren. Stand früher die Bewahrung der Neutralität des skandinavischen Staates während des Zweiten Weltkriegs im Vordergrund der Betrachtung, so hat sich nun der Akzent hin zu einer “Beziehungsgeschichte” im Hinblick auf das Verhältnis Schwedens zum “Dritten Reich” gewandelt.³ Das nach außen hin sichtbarste Zeichen dafür stellte der Kongress “The Stockholm International Forum on the Holocaust” dar, der im Januar 2000 in der schwedischen Hauptstadt veranstaltet wurde. Die Anregung dazu ging vom Projekt “Levande Historia” (Lebendige Geschichte) aus, eine 1997 in Gang gesetzte Initiative des Ministerpräsidenten Göran Persson mit dem ausdrücklichen Ziel der Bekämpfung von “Rassismus und Intoleranz” in der schwedischen Gesellschaft.⁴

NORDEUROPAforumZeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

Allerdings enthält diese Neubewertung auch einen “Schwachpunkt [...] in einer allzu einseitigen Konzentration auf Schwedens Verhältnis gerade zu Deutschland und zum Nationalsozialismus”.⁵ Der Historiker Stig Ekman vertritt bezogen auf die schwedische Außenpolitik die Hypothese, “dass es eine auf spektakuläre Ereignisse und Erscheinungen fixierte, auf der Jagd nach sensationellen Enthüllungen befindliche Berichterstattung war, die Schweden als Helfer Deutschlands zum Thema gemacht hat”.⁶ Gemeint ist damit unter anderem die Berichterstattung über die Gewinne schwedischer Firmen durch Erzverkäufe an Deutschland, die Mitgliedschaft von schwedischen Freiwilligen in der Waffen-SS oder der Transit deutscher Soldaten durch Schweden – Diskussionen, die sich am ehesten mit der schweizerischen “Raubgoldaffäre” vergleichen lassen. Die Vermutung ist naheliegend, dass sich das Phänomen der neuen Sicht auf die Vergangenheit auch auf innenpolitische Ereignisse in Schweden übertragen lässt.

Vor allem Ursprung und Entwicklung des Wohlfahrtsstaates werden in diesem Kontext neu diskutiert, die Debatte um die Sterilisationen stellt hierbei den vorläufigen Höhepunkt dar. Bei allen unzweifelhaften sozialpolitischen Fortschritten, die mit dem *folkhem* verbunden sind, wurde deutlich, dass in diesem System eben auch die Implementierung einer Sterilisationsgesetzgebung möglich war, die das vermeintliche Wohl der Gesellschaft über die Rechte des Individuums stellte. Gleichwohl werden in diesem Zusammenhang von schwedischen Historikern durchaus tagespolitische Interessen vermutet, die eine Diskreditierung der Tradition sozialdemokratischer Politik in Schweden beabsichtigen. Darauf weist beispielsweise Stig Hadenius in seinem Standardwerk zur politischen Geschichte Schwedens hin, wenn er über die Auseinandersetzungen der späten neunziger Jahre schreibt:

The ‘people’s home’ had no room for deviant individuals, it was said. The effect of [...] the sterilization debate on the 1998 election is impossible to gauge. But [...] the issue] probably effected the mood of the Social Democrats and contributed to their downward trend.⁷

Der Einfluss der Medien

Bereits seit den sechziger Jahren finden sich in historischen und medizinischen Fachveröffentlichungen, in populärwissenschaftlichen Darstellungen aber ebenso in den Massenmedien Schwedens kritische Beiträge zur Sterilisation. Auch in Deutschland wurde über das Thema schon früher berichtet. So veröffentlichte *Der Spiegel* am 12. Januar 1987 einen längeren Beitrag, der auf die Sterilisation “aus rassenhygienischen Gründen” hinwies und zu weiten Teilen auf einem Interview mit Karl Grunewald basierte. Dieser war bis 1986 in leitender Position für die schwedische Sozialverwaltung tätig⁸ und schrieb 1987 einen Artikel für die Zeitschrift *Lebenshilfe*, in dessen Vorspann es unmissverständlich hieß:

‘Der eugenische Enthusiasmus’ war bis in die fünfziger Jahre nicht nur in Nazi-Deutschland weit verbreitet. Praktisch alle industrialisierten Staaten betrieben Sterilisation behinderter Menschen. Besonders tüchtig

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

erwies sich darin ausgerechnet das sozial aufgeschlossene Schweden.⁹

Dass die Sterilisationen dann zehn Jahre nach dieser Veröffentlichung als “Sensation” erneut aufgegriffen wurden, lässt sich nur durch die bereits angeführte neue Sichtweise auf die Geschichte des *folkhem* in Verbindung mit einem besonders “günstigen” Zeitpunkt für eine Publikation erklären: dem “Sommerloch” im August 1997. Hinzu kommen ungeschriebene journalistische Spielregeln, nach denen Themen durch die Wiedergabe in bestimmten Medien “geadelt” werden – hier durch einen Abdruck an hervorgehobener Stelle in der bedeutendsten schwedischen Tageszeitung *Dagens Nyheter*. In der Folge kam nach dem Prinzip “nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten” ein medialer Automatismus in Gang, der einen Schneeball zu einer Lawine werden ließ. Die internationalen Nachrichtenagenturen und Korrespondenten stiegen auf das Thema ein, schon bald waren in Mitteleuropa und den USA zahlreiche Artikel publiziert, deren Urheber sich auf *Dagens Nyheter* beriefen. Auch angesehene deutsche Medien wie *Der Spiegel* oder *Die Zeit* machten davon keine Ausnahme. Dabei hätte es genügt, die in *Dagens Nyheter* angegebenen Forschungsberichte¹⁰ genau zu lesen. Stattdessen wurden aus den dort genannten 62.888 Unfruchtbarmachungen oftmals pauschal “Zwangssterilisationen”. *Die Zeit* vom 5. September 1997 berichtete zwar, dass “die Nachricht nicht neu [ist]. Mehrfach war das Thema von schwedischen Ärzten und Journalisten aufgegriffen worden. Dem Regierungsapparat gelang es jedoch immer wieder, die unangenehme Geschichte totzuschweigen.” Der in jenem Artikel genannte Arzt, der bereits 1970 “auf die Zwangssterilisationen aufmerksam” gemacht hatte, war übrigens ausgerechnet Karl Grunewald – der dem “Regierungsapparat” zumindest nahe stand und die im Artikel erwähnten Journalisten bei ihren Recherchen sehr wirkungsvoll unterstützt hatte. Von einem vorsätzlichen “Totschweigen” kann also keine Rede sein. Richtiger ist wohl, dass dem Thema über Jahrzehnte der “mediale Resonanzboden” fehlte – es gab keinen Widerhall in der Gesellschaft. Ihre enorme Durchschlagskraft erhielten die Veröffentlichungen 1997 erst durch den Angriff auf die sozialdemokratische *folkhem*-Politik.

Die in der Mediendebatte zu beobachtenden Vereinfachungen, Gleichsetzungen und voreiligen Schlussfolgerungen führten zu einer intensiven Kritik vor allem der Historiker, die eigene Forschungsergebnisse beigetragen hatten.¹¹ Andererseits lässt sich konstatieren, dass es ohne den öffentlichen Druck vermutlich nicht zu einem Untersuchungsausschuss, einem Entschädigungsgesetz und einer so intensiven historischen Aufarbeitung gekommen wäre.

In Folge des im Spätsommer entstandenen enormen Handlungsbedarfs setzte die schwedische Regierung im September 1997 eine Untersuchungskommission ein. Zu deren Mitgliedern wurden unter anderem mehrere renommierte Wissenschaftler berufen, die bereits schon früher zu Themen der Medizingeschichte und Ethik publiziert hatten. Der erste 1999 vorgelegte Bericht dieser Kommission¹² schlug die später angenommene Entschädigungsregelung für die Betroffenen vor. Ebenso wie der Abschlussbericht,¹³ der mehrere Einzeluntersuchungen enthält, ist

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

er im Internet abrufbar. Ein dritter Rapport, der inzwischen in einer erweiterten Auflage als Dissertation erschienen ist, analysiert detailliert den Weg “Von der Politik zur Praxis”.¹⁴ Allerdings, so muss man unterstreichen, bezieht sich das neue Wissen, das durch die Arbeit der Untersuchungskommission zu Tage kam, in erster Linie auf eine Vielzahl von Details, etwa zum Vorgehen in den Anstalten und Spezialkrankenhäusern. Untersuchungen zu den grundlegenden ideologischen Hintergründen, der Gesetzgebung und der Vorgehensweise in der Praxis waren schon seit Jahren allgemein zugänglich.

Zwang oder Freiwilligkeit?

Eine wichtige Voraussetzung für die Gewährung einer Entschädigung liegt in dem Konsens darüber, dass die Operation ohne ausdrückliche freie Zustimmung der bzw. des Betroffenen erfolgt ist. Zwar war nach dem schwedischen Recht eine Zwangssterilisation, wie sie in Deutschland mit dem “Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses” von 1933 praktiziert wurde, ausgeschlossen. Allerdings gehen die bereits erwähnten Untersuchungen in Schweden durchaus davon aus, dass es zahlreiche Situationen gab, die de facto von Zwang oder zwangsähnlichen Umständen gekennzeichnet waren; die Übergänge waren fließend. Zwang ausgesetzt waren in erster Linie geistig behinderte, aber auch psychisch kranke Menschen. Bei der Untersuchung einer Stichprobe von über tausend Sterilisationsakten gingen Mikael Eivergård und Lars-Eric Jönsson¹⁵ der Frage nach, wie oft und wann derartige Umstände dominierten. Sie stuften neun Prozent der Fälle als reine Zwangsmaßnahmen ein. Etwa 24 Prozent der Eingriffe führten sie auf zwangsähnliche Situationen zurück, zum Beispiel wenn diese zur Bedingung für die Entlassung aus einer Anstalt, für die Durchführung einer Abtreibung oder zum Erhalt von Sozialleistungen wie der so genannten Mütterhilfe gemacht wurden. Weitere neun Prozent basierten auf Überredung oder fehlerhafter Information der Betroffenen. Für etwa die Hälfte aller Sterilisationen gehen die beiden Forscher von Freiwilligkeit aus, in sieben Prozent der Fälle sei eine Einschätzung nicht möglich gewesen. Sofern die ausgewählten Fälle nur annähernd repräsentativ sind, bedeutet dies hochgerechnet, dass rund 26.000 Unfruchtbarmachungen unter Zwang, zwangsähnlichen Situationen oder nach Überredung geschahen. Bei der zeitlichen Verteilung wird deutlich, dass in den Jahren von 1935 bis 1955 – die Zeit, in der viele geistig behinderte Menschen sterilisiert wurden – sehr häufig Zwang oder zwangsähnliche Umstände vorherrschten, ab den fünfziger Jahren kam es zu einer steigenden Zahl von freiwilligen Operationen.

Was eine Zwangssterilisation für den jeweiligen Menschen tatsächlich bedeutete, lässt sich kaum abschätzen. In Ansätzen kommt dies in Interviews zum Ausdruck, die Ingrid Lomfors mit Menschen führte, die unfreiwillig operiert wurden, und die sie unter dem Titel “Erzählungen aus dem Leben” veröffentlichte.¹⁶ Die Gesprächspartner von Lomfors waren zu jenem Zeitpunkt zwischen 66 und 84 Jahren alt, zum Teil geschah deren Sterilisation in Zusammenhang mit der Entlassung aus einer Schulanstalt für “bildbare Schwachsinnige”. Deutlich wird in den neun wiedergegebenen Gesprächen eine Vielzahl von Demütigungen und Verletzungen, unter denen die Unfruchtbarmachung eine besonders wichtige einnimmt (vgl.

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

Kastentext). Die Betroffenen berichteten von körperlichen und seelischen Misshandlungen sowohl in den Fürsorgeeinrichtungen als auch später im privaten Leben. Dazu gehörten unter anderem das Wegsperrern bei Regelverletzungen in Anstalten, Scham über die verlorene Fruchtbarkeit, Schwierigkeiten bei der Partnersuche, unerfüllte Kinderwünsche, sexuelle Nötigung durch den Ehemann, aber auch die späte Erfüllung von Sehnsüchten durch das “Einheiraten” in eine Familie – Schilderungen, wie sie auch von Sterilisationsopfern in Deutschland wiedergegeben wurden.¹⁷

Das Entschädigungsgesetz

Was ungeachtet der genannten Einschränkungen die seit 1997 geführte Diskussion als wichtig erscheinen lässt, ist die Tatsache, dass der schwedische Reichstag im Mai 1999 ausdrücklich von der früheren Sterilisationsgesetzgebung Abstand nahm und ein Entschädigungsgesetz verabschiedete. Damit verbunden ist die “Erkenntnis der heutigen Gesellschaft, dass das frühere Geschehen falsch war” und einen Grund darstellt, “sich zu entschuldigen”.¹⁸ Somit sollen die Menschen, welche unter Zwang oder auf Initiative eines Dritten sterilisiert wurden, eine Rehabilitation und eine zumindest symbolische Entschädigung erhalten. In dieser Entscheidung liegt das eigentlich Bedeutsame und Ungewöhnliche: Eine Gesellschaft, repräsentiert durch das Parlament, bittet eine Gruppe von Mitbürgern um Entschuldigung für die Folgen eines Gesetzes, an dessen Zustandekommen formaljuristisch überhaupt kein Zweifel besteht.¹⁹

Mit dem im Juli 1999 in Kraft getretenen Entschädigungsgesetz konnten gegen ihren Willen oder auf Initiative eines Dritten sterilisierte Personen eine Kompensationszahlung in Höhe von 175.000 schwedischen Kronen beantragen. Bei der Bemessung dieses Betrages hatte man sich an der Höhe von Schmerzensgeldern orientiert, die bei einem Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit etwa infolge eines ärztlichen Kunstfehlers oder einer Straftat zu zahlen wären (rund 110.000 Kronen). Aufgestockt wurde die Summe aufgrund der Auffassung, dass “mehrere Instanzen Machtmissbrauch” betrieben hatten sowie die damaligen “Entscheidungen nach heutiger Rechtsauffassung den Rechten des Individuums widersprachen”.²⁰

Die Bedingungen für eine solche Kompensation wurden relativ großzügig ausgelegt. Die Bewilligung setzte eine Situation voraus, die in irgendeiner Form mit Zwang in Zusammenhang gebracht werden kann. Entschädigt wurden nach Paragraph 2 des Gesetzes²¹ alle diejenigen, die mindestens eine der genannten Bedingungen erfüllen, also Personen, die:

1. weder einen Antrag zur Sterilisation gestellt noch dieser schriftlich zugestimmt hatten,
2. entmündigt oder minderjährig waren,
3. in einer Anstalt, einem Pflegeheim oder einer vergleichbaren Institution lebten,
4. aufgrund der Diagnose Geisteskrankheit, Schwachsinn oder Epilepsie sterilisiert wurden,
5. als Voraussetzung für eine Genehmigung zur Heirat oder Abtreibung oder zur Gewährung einer Sozialleistung wie der Mutterschaftsunterstützung sterilisiert wurden,

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang**Summary****Einleitung****Sterilisationen in Schweden****Eine neue Sicht auf die Vergan****Der Einfluss der Medien****Zwang oder Freiwilligkeit?****Das Entschädigungsgesetz****Resümee****“Eine große Narbe” – Sara, geb****Fußnoten****zur Startseite**

6. einer Operation zugestimmt haben, dazu aber von einer Behörde “übermäßig beeinflusst” oder deren Anliegen “vernachlässigt” wurden.

Die Bedingungen, insbesondere die unter sechstens genannten, wurden bewusst “weich” gehalten. Im Zweifelsfall, so die Empfehlungen zur Entschädigungsgesetzgebung, sollte der Antrag auf Kompensation eher bewilligt als abgelehnt werden.²²

Bis Ende des Jahres 2002 hatten rund 2.100 Menschen einen solchen Antrag gestellt, annähernd 1.600 davon wurden bewilligt. Das juristische Verfahren nach dem Entschädigungsgesetz ist damit bis auf vereinzelte noch nicht entschiedene Gesuche abgeschlossen. Allerdings vermutete die Historikerin Maija Runcis unlängst gegenüber *Sydsvenska Dagbladet* (20.4.2003), dass für viele Betroffene der Eingriff bis heute mit enormen Schamgefühlen verbunden ist und sie daher auf eine Antragstellung verzichtet haben.

Resümee

Für die Durchsetzung einer Entschädigungsregelung hat das Wissen um die Sterilisationen allein nicht ausgereicht. Es bedurfte dafür einer spezifischen Konstellation, die Rolf Surmann als “Krise des nationalen Nachkriegsmythos”²³ bezeichnet hat. Die Etablierung des *folkhem* wird heute in der schwedischen Öffentlichkeit, aber auch von vielen Historikern weitaus kritischer betrachtet als noch vor einem Jahrzehnt. Ein Indiz dafür ist die in Presse, Rundfunk und Fernsehen geführte Diskussion, die ungeachtet aller Verzerrungen zur Ermöglichung einer Kompensationsregelung beigetragen hat. Unterstrichen wird damit einmal mehr die Bedeutung der Medien als “vierte Gewalt”. In diesem Punkt erinnert die Situation in Schweden an jene in Deutschland. Auch hier hat es Jahrzehnte gedauert und langer Auseinandersetzungen bedurft, bis die während der NS-Herrschaft Zwangssterilisierten ab 1980 eine einmalige Entschädigung erhielten, die mit 5.000 DM aber nur einem besseren Monatsgehalt entsprach.

Es herrscht in Schweden heute Übereinstimmung darüber, dass eine unfreiwillige Sterilisation nicht wieder gutzumachen ist. So betrachtet, kommt die Summe von 175.000 Kronen einer symbolischen Bitte um Entschuldigung für die erfahrene Erniedrigung gleich. Gemessen an der geschätzten Zahl von rund 26.000 Operationen, die nicht auf Freiwilligkeit zurückzuführen sind, konnten jedoch nur noch wenige diese Bitte auch annehmen. Ungeachtet der öffentlich bekundeten Rehabilitierung: Für die Menschen, die der Fortpflanzungsfähigkeit beraubt wurden, bleiben Narben.

“Eine große Narbe” – Sara, geb. 1921, erzählt:

“Und in dem Arbeitsheim war ich, bis ich 21 war. Und dann wurde ich gezwungen, mich sterilisieren zu lassen. Anders hätte ich nie meine Freiheit erhalten [...]. So musste ich an einer Intelligenzuntersuchung teilnehmen. Ich war 21 und so intelligent wie eine 12-Jährige, dachten sie. Und dann

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang

Summary

Einleitung

Sterilisationen in Schweden

Eine neue Sicht auf die Vergan

Der Einfluss der Medien

Zwang oder Freiwilligkeit?

Das Entschädigungsgesetz

Resümee

“Eine große Narbe” – Sara, geb

Fußnoten

zur Startseite

musste ich dieses Papier unterschreiben [...]. Sie drückte mir den Stift in die Hand und stand vor mir, bis ich unterschrieben hatte. [...]

Ich habe eine große, große Narbe. Das plagt einen ein Leben lang. Und das hat zwei Ehen zerstört. [...] All das habe ich versucht zu vergessen.

Mein erster Mann war Witwer, mit drei Kindern. [...] Er kam mit den Kindern alleine nicht klar. Und dann, als ich keine eigenen Kinder kriegen konnte, da platzte es. Weil er ein Kind mit mir haben wollte. [...]

Man geht durch die harte Schule des Lebens. [...] 1956 [traf ich einen neuen Mann] und das hielt anderthalb Jahre. Und es ging in die Brüche, weil ich keine Kinder kriegen konnte. [...]

Und dann war ich 19 Jahre einsam, bevor ich meinen dritten Mann kennen lernte. Und das ging nun richtig gut. Wir waren beide schon in den Fünfzigern, so dass wir keine Kinder mehr bekommen konnten.”

nach Lomfors 2000, wie Fußnote 16, 285 ff.

1 Vgl. u. a. Broberg, Gunnar u. Mattias Tydén: *Oönskade i folkhemmet: Rashygien och sterilisering i Sverige*. Stockholm 1991; *ibid.*: “Eugenics in Sweden: Efficient Care.” In: Broberg, Gunnar u. Nils Roll-Hansen (Hg.): *Eugenics and the Welfare State. Sterilization Policy in Denmark, Sweden, Norway, and Finland*. East Lansing 1996, 77–149; Runcis, Maija: *Steriliseringar i folkhemmet*. Stockholm 1998; Tydén, Mattias: *Från politik till praktik. De svenska steriliseringslagarna 1935–1975*. Stockholm 2002.

2 Broberg, Gunnar u. Mattias Tydén: “Introduction”. In: *Scandinavian Journal of History*. 24 (1999) 2, 142.

3 Vgl. Ekman, Stig: “Schweden, Deutschland und der Holocaust. Historiographische Anmerkungen zur Außenpolitik der schwedischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs”. In: *Nordeuropaforum*. (2001) 2, 526; Åmark, Klas: “Demokratien im Kampf gegen Diktaturen. Neue Sichtweisen auf das Verhältnis Schwedens zu Nationalsozialismus und Holocaust”. In: *Nordeuropaforum*. (2001) 2, 27–46.

4 Vgl. Kommittén Forum för levande historia: *Forum för levande historia: betänkande*. Stockholm 2001 (= SOU 2001:5); im Internet: <www.levandehistoria.org>

5 Nordin, Svante: “Das Verhältnis Schwedens zum nationalsozialistischen Deutschland. Gedanken zur Notwendigkeit einer innen- und außenpolitischen Kontextualisierung”. In: *Nordeuropaforum*. (2001) 2, 48.

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang

Summary

Einleitung

Sterilisationen in Schweden

Eine neue Sicht auf die Vergan

Der Einfluss der Medien

Zwang oder Freiwilligkeit?

Das Entschädigungsgesetz

Resümee

“Eine große Narbe” – Sara, geb

Fußnoten

zur Startseite

6 Ekman, wie Fußnote 3, 24.

7 Hadenius, Stig: *Swedish Politics During the 20th Century – Conflict and Consensus*. Stockholm 1999, 170.

8 Vgl. Barow, Thomas: “Schwedens Weg der Integration. Bengt Nirje und Karl Grunewald, zwei ‘Pioniere’ der Sonderpädagogik in Nordeuropa, über Eugenik, Mentalitätsveränderungen und Normalisierung”. In: *Zeitschrift für Heilpädagogik*. 53 (2002) 8, 314–321.

9 Grunewald, Karl: “Sterilisation in Schweden”. In: *Lebenshilfe*. (1987) 3/4, 18.

10 Dazu gehören u. a. Broberg/Tydén 1991 und Broberg/Roll-Hansen 1996, wie Fußnote 1.

11 Vgl. z. B. Broberg, Gunnar u. Mattias Tydén: “När svensk historia blev en världsnyhet. Steriliseringspolitiken och medierna”. In: *Tvårsnitt*. 20 (1998) 3, 215; Runcis, Maija: “När gamla nyheter blev heta. Om den svenska steriliseringspolitiken & välfärdsstaten”. In: *Tema arkiv*. 3 (1998), 14–17.

12 1997 års steriliseringsutredning: *Steriliseringsfrågan i Sverige 1935/1975. Ekonomisk ersättning. Delbetänkande*. Stockholm 1999 (= SOU 1999:2). Im Internet: <<http://social.regeringen.se/propositionermm/sou/index.htm>>

13 1997 års steriliseringsutredning: *Steriliseringsfrågan i Sverige 1935/1975. Historisk belysning. Kartläggning. Intervjuer. Slutbetänkande*. Stockholm 2000 (= SOU 2000:20). Im Internet: wie in Fußnote 12.

14 Tydén, Mattias: *Från politik till praktik. De svenska steriliseringslagarna 1935–1975. Rapport till 1997 års steriliseringsutredning*. Stockholm 2000 (= SOU 2000:22); Tydén 2002, wie Fußnote 1.

15 Eivergård, Mikael u. Lars-Eric Jönsson: “Mellan tvång och frivillighet i 1.074 steriliseringsakter 1935/1975”. In: 1997 års steriliseringsutredning, wie Fußnote 13, 59–129.

16 Lomfors, Ingrid: “Berättelser från livet. Intervjuer med tvångssteriliserade i Sverige”. In: 1997 års steriliseringsutredning, wie Fußnote 13, 279–355.

17 Vgl. Ellger-Rüttgardt, Sieglind: *Frieda Stoppenbrink-Buchholz (1897/1993). Hilfsschulpädagogin, Anwältin der Schwachen, Soziale Demokratin*. Weinheim 1997², insbesondere 112 ff.

18 1997 års steriliseringsutredning 2000, wie Fußnote 13, 25.

19 Vgl. 1997 års steriliseringsutredning 1999, wie Fußnote 12, insbesondere 30.

20 1997 års steriliseringsutredning 1999, wie Fußnote 12, 42.

21 Vgl. Lag om ersättning till steriliserade i vissa fall. (= SFS 1999:332).

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 49-60

Textanfang

Summary

Einleitung

Sterilisationen in Schweden

Eine neue Sicht auf die Vergan

Der Einfluss der Medien

Zwang oder Freiwilligkeit?

Das Entschädigungsgesetz

Resümee

“Eine große Narbe” – Sara, geb

Fußnoten

zur Startseite

27. Mai 1999.

22 Vgl. 1997 års steriliseringsutredning 1999, wie Fußnote 12, insbesondere 39.

23 Surmann, Rolf: “Kleine Geschichte der ‘Wiedergutmachung’”. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. (1999) 5, 593.